



Berlin, März 2015

Arbeit öffentlich fördern – Perspektive für Langzeiterwerbslose

Die Zahl der Langzeiterwerbslosen ist trotz guter Konjunktur und exzellenter Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt seit 2009 nicht mehr gesunken. Wer langjährig keinen Job hatte, kann offenbar auch von der guten konjunkturellen Situation nicht profitieren und hat de facto keine Chance auf einen der neu entstehenden Arbeitsplätze. Das ist die traurige Seite der derzeitigen Arbeitsmarktentwicklung in Deutschland! In der Konkurrenz um sozialversicherungspflichtige Arbeit in Dienstleistung, Handwerk oder Industrie haben Langzeiterwerbslose nur geringe Chancen. Bei ihnen handelt es sich um Menschen, die meist mehrfache sogenannte Vermittlungshemmnisse haben. Die SPD arbeitet mit einem vielschichtigen Ansatz daran, ihre Situation zu verbessern.

Von Langzeiterwerbslosigkeit betroffene Menschen leiden stark unter dieser Situation. Sie sind nicht etwa arbeitsunwillig, sondern nehmen oft viel in Kauf, um etwas Sinnvolles tun zu können. Sie verdienen gesellschaftliche Solidarität!

Seit 2010 sind die Mittel, die der Bund für Arbeitsförderung ausgibt, von Schwarz-Gelb kontinuierlich gekürzt worden. Zudem wurden Zugänge zu qualifizierenden Angeboten erschwert. In der Folge gingen die jahresdurchschnittlichen Förderungen von 2009 bis 2013 in einigen Bundesländern um bis zu 45 Prozent zurück. Wir begrüßen es, dass das Bundesministerium für Arbeit und Soziales unter Andrea Nahles nun den richtigen Weg einschlägt, erstmals seit langer Zeit die Problematik der Langzeiterwerbslosigkeit zum zentralen Thema macht und mit dem Programm „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“ für 10.000 Menschen eine Perspektive schafft. Insbesondere der differenzierte Ansatz, den unterschiedlichen Gruppen von Langzeiterwerbslosen durch unterschiedliche Fördermaßnahmen gerecht zu werden, und der zukünftig eingerichtete soziale Arbeitsmarkt werden von uns außerordentlich begrüßt.

Arbeitsplätze gezielt schaffen

Es gibt sehr viel gesellschaftlich notwendige Arbeit, die auf Grund der mangelnden finanziellen Ausstattung in den Städten und Gemeinden unerledigt bleibt. Erfahrungen unter anderem mit dem Instrument der Bürgerarbeit haben gezeigt, dass die längerfristige Beschäftigung von Langzeiterwerbslosen im kommunalen Rahmen auch die Chancen einer Integration in den ersten Arbeitsmarkt erhöhen kann. Vor allem aber wirkt es sich positiv auf das Wohlbefinden und die Teilhabemöglichkeiten der Betroffenen aus. Dieses Potential zur Verbesserung der Vermittlungschancen bei gleichzeitiger Entlastung der Kommunen wollen wir ausschöpfen und damit den Menschen neue Chancen geben.

Wir wollen Beschäftigung finanzieren statt Arbeitslosigkeit. Um dieses Ziel zu erreichen, muss mehr Geld für die Integration von Langzeiterwerbslosen mobilisiert werden. Der

Grundgedanke: Das Geld, das bisher für Sozialleistungen ausgegeben wird, würde dann in die Förderung von tariflich bezahlten (mindestens aber mit Mindestlohn entlohten) Arbeitsplätzen gegeben (Passiv-Aktiv-Tausch). Damit wäre sowohl den Betroffenen als auch den Kommunen geholfen. Wir halten dies für den richtigen Weg, auch wenn der Finanzminister sich derzeit gegen einen solchen Versuch sperrt.

Über den Aktiv-Passiv-Tausch hinaus fordern wir alle Anstrengungen zu unternehmen, um Verlässlichkeit und Wirksamkeit der Arbeitsmarktpolitik zu stärken. Hierzu sollen

- die berufliche Weiterbildung wieder in das Zentrum der Förderstrategie gerückt werden
- die Vergabe von sog. Ein-Euro-Jobs erleichtert und die Verzahnung mit Qualifizierung ermöglicht werden
- für die verlässliche Planung über das Ende des Haushaltsjahres hinaus eine deutlich größere Budgetvorbelastungsquote eingeführt werden
- das Verwaltungskostenbudget den tatsächlichen Bedarfen angepasst werden, damit der gesetzlich vorgegebene Betreuungsschlüssel bei der praktischen Arbeit der Vermittlungsfachkräfte tatsächlich erreicht wird, ohne dass dies auf Kosten der eigentlichen Eingliederungsmittel geht.

Investitionen ergänzen – die Arbeit vor Ort erledigen

Der von der Bundesregierung beschlossene Programmrahmen für kommunale Investitionen zeigt: Städte und Gemeinden mit strukturellen Schwächen und hoher Arbeitslosigkeit müssen Unterstützung erhalten. Ergänzend dazu ist das der richtige Zeitpunkt, um auch über die Finanzierung öffentlich geförderter Beschäftigung nachzudenken. Wir wollen, dass finanzschwache Kommunen nicht nur hinsichtlich ihrer Investitionen unterstützt werden. Gestärkte Angebote in der Kinderbetreuung, der Altenpflege, der Orts- und Stadtpflege, der Familienförderung und viele weitere Aufgaben müssen auch personell abgesichert sein. Diese Ergänzung brauchen gerade finanzschwache Kommunen – und gerade diese Kommunen würden auch in besonderer Weise von einem gut ausgestatteten öffentlichen Arbeitsmarkt profitieren.

Wir schlagen vor, den Ausbau von öffentlich geförderter Beschäftigung auf die besonders förderungswürdigen Kommunen zu konzentrieren. Ein solches Beschäftigungsprogramm "Arbeit vor Ort" soll an das Programm „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“ anknüpfen und es gezielt auf einen Umfang von 100.000 Menschen ausbauen. Dafür braucht es die Bündelung von Mitteln der Arbeitsmarktförderung sowie ihre Wirkungssteigerung. Durchgreifend entwickelt werden kann öffentliche Beschäftigung aber erst, wenn die Bundesmittel – mit einer Zweckbindung für Kommunen – deutlich erhöht werden.

Die Parlamentarische Linke in der SPD-Bundestagsfraktion unterstützt die Ministerin für Arbeit und Soziales in ihrem Engagement für Langzeiterwerbslose und fordert eine finanzielle Untermauerung dieses Engagements im Bundeshaushalt.